Kleine Anfrage

des Abg. Rolf Wilhelm REP

und

Antwort

des Innenministeriums

Mobile ethnische Minderheit

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwiefern treffen Medienberichte zu, wonach die Kriminalpolizei in Südbaden vor minderjährigen Einbrechern warnt, die einer „mobilen ethnischen Minderheit“ angehören sollen?
2. Falls ja, welche Personen sind unter dem Begriff „mobile ethnische Minderheit“ konkret subsumiert?
3. Läßt sich aus der Verwendung dieses Begriffs durch die Kriminalpolizei schließen, daß eine andere, in nahezu allen europäischen Hauptsprachen ähnliche Bezeichnung für Angehörige dieser Minderheit in der deutschen Behördensprache keine Verwendung mehr finden soll?
4. Falls ja, aufgrund welcher Vorgaben bzw. Rechtsgrundlagen ist diese Entscheidung erfolgt?
5. Muß darüber hinaus davon ausgegangen werden, daß Menschen, die seither gemeinhin als „Deutsche“ bezeichnet wurden, künftig damit zu rechnen haben, in der Amtssprache als „seßhafte ethnische Mehrheit“ bezeichnet zu werden?
6. Wie viele weitere vergleichbare Fälle sind der Landesregierung bekannt, bei denen Begriffe oder Worte in der Amtssprache durch Behörden oder staatliche Einrichtungen mit neuen Sprachbegriffen belegt wurden?
7. Wie beurteilt die Landesregierung generell die „politische Korrektheit“ im Bereich der Amtssprache?

21. 05. 97

Wilhelm REP

Antwort

Mit Schreiben vom 11. Juni 1997 Nr. 3–1119.3 beantwortet das Innenministerium beantwortet die Kleine Anfrage wie folgt:

Zu 1. und 2.:

Im Mai 1997 häuften sich im Stadtgebiet von Freiburg und Umgebung vermutlich von Kindern begangene Wohnungseinbrüche. Die Polizeidirektion Freiburg veröffentlichte am 14. Mai 1997 in den örtlichen Medien einen Fahndungsaufruf, in dem die Bevölkerung gewarnt und gebeten wurde, verdächtige Wahrnehmungen sofort zu melden. In diesem Zusammenhang wurde auch über die Festnahme zweier 13jähriger Mädchen berichtet, die im Zuge der polizeilichen Fahndung nach einem Einbruchversuch aufgegriffen worden waren. Die Mädchen hatten Einbruchswerkzeug mitgeführt und sich mit selbst hergestellten Ausweispapieren ausgewiesen. Nach der polizeilichen Vernehmung waren sie in die Obhut einer öffentlichen Fürsorgeeinrichtung gegeben worden, aus der sie jedoch bereits kurze Zeit später flohen, so daß weder die Identität, noch die Staatsangehörigkeit oder Herkunft der tatverdächtigen Mädchen zweifelsfrei feststand. Nach Aussehen und Sprache war zu vermuten, daß die tatverdächtigen Mädchen südosteuropäischer Herkunft waren und einem ohne feste Bindung an einen ständigen Wohnsitz umherziehenden Familienverband angehörten. Eine ähnliche Straftatenserie war auch schon im Sommer 1996 verübt worden, bei der Mitglieder eines solchen Familienverbandes, der im französischen Grenzgebiet gelagert hatte, als Tatverdächtige ermittelt worden waren.

Da zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Presseinformation keine weiteren Erkenntnisse zur Staatsangehörigkeit und Herkunft der Mädchen vorlagen, wurden die beiden flüchtigen Mädchen auf Grundlage der bis dahin vorliegenden Erkenntnisse als Angehörige einer „mobilen ethnischen Minderheit“ beschrieben.

Zu 3. und 4.:

Für den Fall, daß die Fragestellung auf Personen abzielt, die früher vielfach als „Landfahrer“, „Zigeuner“, „Sinti“ oder „Roma“ bezeichnet wurden, teilt die Landesregierung mit, daß das Innenministerium mit Erlaß vom 23. März 1992 die Verwendung der genannten Bezeichnungen bei öffentlichen Mitteilungen der Polizei (Pressemitteilungen, Fahndungsaufrufen etc.) untersagt hat.

Zu 5.:

Nein

Zu 6.:

Hierüber liegen der Landesregierung keine Erkenntnisse vor.

Zu 7.:

Die Landesregierung ist sich ihrer Verpflichtung bewußt, auch im amtlichen Sprachgebrauch die Grundrechte der Menschen, unabhängig von der Zugehörigkeit zu Volksgruppen, in dem vom Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vorgegebenen Rahmen zu wahren und zu schützen.

In Vertretung

Eckert

Ministerialdirektor